

## **„Deutschland kann zeigen, welchen Gewinn Religionsfreiheit bedeutet“**

*Der Bundestagsabgeordnete Markus Grübel (Esslingen) ist seit April der erste Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit. In einer Podiumsdiskussion in der Evangelischen Kirche in Niefern sprach der Katholik über seine Arbeit. Für die Gemeindebrief-Redaktionen unseres Kirchenbezirks erklärt er in einem Interview, warum er gegen das Verbot von Moscheebauten in Deutschland ist und wie er die Religionsfreiheit in Deutschland einschätzt.*

### **Was hat Sie bewogen, das neu geschaffene Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit zu übernehmen?**

**Markus Grübel:** Wie viele andere Länder haben wir das Thema Religionsfreiheit lange Zeit unterschätzt. Religiös motivierte Verfolgung und Gewalt nehmen seit Jahren zu und sind zu einem globalen Problem gewachsen. Besonders betroffen sind Christen und Muslime. Die Tendenz ist bedrohlich: Waren Christen 2007 in 107 Ländern verfolgt, so galt das 2016 für 144 Länder – das ist eine Zunahme in neun Jahren um fast 40 Prozent. Religionen werden leider oft missbraucht und stehen dann im Ruf, Konflikttreiber zu sein. Aber Religionen sind bei Konflikten selten die eigentliche Konfliktursache, sondern eignen sich hervorragend als Brandbeschleuniger. Für mich geht es beim Thema Religionsfreiheit nicht nur um die Bedrohungen, sondern auch die Chancen der Religionen, ihrerseits zur nachhaltigen und friedlichen Entwicklung in der Welt beizutragen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit hat ein eigenes Programm „Religionen und Entwicklung“ lanciert, das Auswärtige Amt interessiert sich für den Beitrag der Religionen zur Konfliktprävention. Darum sage ich: Gerade damit Religionen ihr Potenzial für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einbringen können, braucht es die Religionsfreiheit!

### **Welche Schwerpunkte haben Sie sich in ihrem Amt gesetzt?**

**Markus Grübel:** Ein Schwerpunkt meiner Arbeit wird der Nordirak bilden. Das Land braucht jetzt einen neuen Gesellschaftsvertrag, der alle Gruppen einbindet. Ich möchte mein Amt außerdem dazu nutzen, über die Gemeinsamkeiten von Religionen und Weltanschauungen aufzuklären, um so gegenseitige Vorurteile abzubauen und mehr Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Wir brauchen dazu einen öffentlichen und angstfreien Dialog, in dem sich die gläubige Muslima aber auch der überzeugte Agnostiker zu Worte melden können. Ich war lange Zeit Kommunalpolitiker und sehe große Chancen, der Kooperation von Religionen vor Ort. Gerne wird von „dem Islam“, „den Juden“ oder „den Christen“ gesprochen. Das ist wenig lösungsorientiert und spiegelt nicht die gesellschaftliche Vielfalt wider. Mit dem kommunalen Auge sieht man oft besser, was es an guten Ansätzen bereits gibt. Diese kommunale Kooperation in vielen Ländern zu stärken, ist

mir darum ebenso eine wichtige Aufgabe, wie die Stärkung des Themas im europäischen Rahmen.

**Bei der Podiumsdiskussion in Niefern wiesen Sie darauf hin, dass in rund Dreiviertel aller Länder es keine volle Religionsfreiheit gibt. Was plant die Bundesregierung, dagegen zu unternehmen?**

**Markus Grübel:** Die Bundesregierung setzt sich bereits für die Achtung der Religionsfreiheit ein. Nehmen wir das Beispiel Irak. Hier unterstützen wir den Wiederaufbau, die Rückkehr und die Versöhnung. Am Schwierigsten ist dabei die Versöhnung, denn die Verletzungen sitzen tief. Deutschland unterstützt die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Das ist die Voraussetzung für die strafrechtliche Aufarbeitung. Wir fördern Zentren, die Möglichkeiten zum Austausch und Dialog bieten. In meinem Bericht, den ich alle zwei Jahre vorlege, werde ich außerdem Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung sowie die jeweiligen Staaten aufnehmen. Diesbezüglich werde ich vor allem in die Länder und Regionen schauen, in denen das religiöse Miteinander gelingt. Denn diese Lösungsansätze sind in aller Regel viel zu wenig bekannt und können als Vorbilder fungieren.

**Deutschland erlaubt islamischen Ländern den Bau von Moscheen, diese wiederum dulden oft keinen Kirchenbau in ihren Ländern. Was sagen Sie denjenigen, die fordern, dass nur Länder hier Gebetshäuser bauen dürfen, die das auch bei sich zulassen?**

**Markus Grübel:** Ich finde nicht, dass Deutschland sich an dem schlechten Verhalten anderer Staaten orientieren sollte indem es seinerseits das Recht auf Religionsfreiheit einschränkt. Im Gegenteil, wir sollten beispielhaft handeln und zeigen, wie man die Religionsfreiheit achtet und welchen Gewinn sie für jede Gesellschaft ist. Mit einer solchen Entscheidung würden wir im Übrigen nicht die jeweiligen Staaten treffen, sondern die Gläubigen bei uns im Land. Wir müssen darauf achten, wer eine Moschee bauen will. Radikalen Gruppen müssen wir entschlossen entgegenstehen. In islamischen Ländern weise ich immer wieder darauf hin, dass Christen ein Recht haben, eine Kirche zu bauen.

**Immer weniger Menschen gehören in Deutschland der Evangelischen bzw. Katholischen Kirche an. Sehen Sie eine Gefahr, dass kirchliche Rechte zunehmend eingeschränkt werden könnten?**

**Markus Grübel:** Nein, diese Gefahr sehe ich nicht. Aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass die Kirchen sich noch stärker gegenüber jungen Menschen öffnen und auf gesellschaftliche Veränderungen eingehen sollten. Denn auch junge Menschen und Großstädter fragen nach den Werten, die ihr Leben bestimmen sollen und suchen nach Orientierung und Spiritualität. Nehmen wir zum Beispiel Berlin: Hier bietet das Kloster der Herz-Jesu-Priester in

einer beliebten Kneipe im Szenekiez Prenzlauer Berg einen Stammtisch an, um so Kneipengespräche mit jungen Großstädtern zu führen.

*Die Fragen stellte Claudius Schillinger, Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Kirchenbezirk Pforzheim-Land.*